



# GEMEINDE NEUFAHRN

BEI FREISING

## Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: Bau/001/2020

Sachgebiet Bauamt	Sachbearbeiter Zue, Christian	Datum: 03.01.2020
----------------------	----------------------------------	----------------------

Beratungsfolge	Termin	Behandlung	Status
Gemeinderat	13.07.2020		öffentlich

**23. Änderung des Flächennutzungsplanes und Bebauungsplan Nr. 128  
"Sondergebiet für eine Freiflächenphotovoltaikanlage im Bereich der  
Neufahrner Gegenkurve",  
Würdigung des Verfahrens nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB sowie  
Feststellungs- / Satzungsbeschluss**

**Sachverhalt:**

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 20.11.2017 die Durchführung der 23. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie die Aufstellung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 128 „Sondergebiet für eine Freiflächenphotovoltaikanlage im Bereich der Neufahrner Gegenkurve“ beschlossen. Es handelt sich hierbei um einen Vorhabenbezogenen Bebauungsplan nach § 12 BauGB.

Die Firma OneSolar Energiepark Neufahrn GmbH & Co. KG möchte im Bereich der Neufahrner Gegenkurve nach Fertigstellung der Gleisanlage eine Freiflächenphotovoltaikanlage errichten. Hierzu sollen die nach den Vorgaben der Landesplanung zulässigen weil vorbelasteten Flächen entlang von Hauptverkehrsachsen genutzt werden.

Um das Vorhaben realisieren zu können ist eine Änderung des Flächennutzungsplanes (23. Änderung) sowie die Aufstellung eines Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes gemäß § 12 BauGB notwendig. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und Behörden gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB wurde in der Zeit von 16.02.2018 bis 21.03.2018 durchgeführt.

Der Geltungsbereich der 23. Änderung des Flächennutzungsplanes kann dem eingefügten Ausschnitt entnommen werden:



Zur Änderung des Flächennutzungsplanes und zur Aufstellung des Bebauungsplanes hat die Bauverwaltung auftragsgemäß die Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange vorgenommen. Die öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB erfolgte in der Zeit von Freitag, den 15.11.2019 bis Mittwoch, den 18.12.2019.

Bürgerinnen und Bürger brachten in dem Verfahren keine Stellungnahmen vor.